

Das bessere Morgen

Wie die SPD ein Versprechen wiederfindet, das in eine gute Zukunft führt

Die SPD ist in Not, woher kommt ihr Hilfe? Erneuerung heißt die Hoffnung - wir meinen, sie kann nur inhaltlich und vor allem im Bereich der staatlichen Arbeitssicherung glaubhaft gelingen. Nach intensiven Diskussionen schlagen wir, fünf einfache SPD-Mitglieder aus Stuttgart und Augsburg, diese fünf Thesen zur Verbesserung des Zustands unserer Partei vor. Es geht um das große Versprechen der Sozialdemokratie auf ein besseres Morgen, das wir anschließend in einer Analyse beleuchten.

1. Seit ihrer Gründung vor über 150 Jahren richtete die Sozialdemokratie ihr Versprechen auf ein besseres Morgen. Im Zeitalter des bedrohlichen Klimawandels, angesichts drohender Verwerfungen einer unregulierten Digitalisierung und vor allem vor dem Hintergrund eines Sozialstaats, der den Menschen keine ausreichende Sicherheit mehr garantiert, muss die SPD ihr altes Versprechen erneuern.
2. Die SPD muss die Adressaten ihrer Politik vermehren. Die Nutznießer der Globalisierung mit ihrer positiven Weltsicht reichen als Zielgruppe nicht aus. Viel wichtiger ist das Versprechen auf ein besseres Morgen für die wahren und gefühlten Verlierer der Globalisierung. Ihr Abschied aus dem demokratischen Wählerspektrum erschüttert den gesellschaftlichen Grundkonsens.
3. Die dafür nötige Glaubwürdigkeit erreicht die SPD durch einen Schlussstrich unter die überzogenen Zumutungen von Hartz IV. Hartz IV schürt Angst. Wie kann eine Partei ein Armutsregime für Menschen in Notlagen gutheißen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft beschwören? Die SPD hat Hartz IV eingeführt, die SPD muss Hartz IV wieder abschaffen.
4. Wer keine Arbeit hat, braucht die Hilfe der Gesellschaft, nicht das Misstrauen, da könnte einer den Staat ausnutzen. Die Diskussion muss sich daher um die längere Zahlung von Arbeitslosengeld drehen, um die Erhöhung der Grundsicherung, um die Unzumutbarkeit von Ersatz-Jobs, um die Abschaffung von Sanktionen und um die Erlaubnis von Zuverdienstmöglichkeiten für Arbeitslose. Die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes und schließlich die Förderung junger Arbeitsloser sind weitere Schlüsselbegriffe dieser notwendigen Diskussion.
5. An die Diskussion um die Verbesserung der staatlichen Absicherung auf dem Arbeitsmarkt schließt sich gleich eine weitere Diskussion an: Die um Umverteilung und neue Steuern. Eine europäische Abgabe auf Finanzmarktprodukte könnte die nötigen Freiräume schaffen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss uns das wert sein.

Wie ein Baum stand die Sozialdemokratie einst da. Ihr Laub spendete Schutz vor Sonne, den Stürmen der Zeitläufte widersetzen sich sehnig Äste und Zweige. Alles vorbei: Heute verfault der hohle Stamm an den Folgen des Neoliberalismus. Abgespaltene Parteien nähren sich wie Pilze am morschen Holz der SPD, in das nur noch in besonderen Vollmondnächten die Säfte steigen, wenn mal wieder das Gespenst der Vereinigten Staaten von Europa die Deutschlandzentrierten verschreckt oder ein linker Sozi einem einsamen Werwolf gleich die Abschaffung von Hartz IV in die politische Landschaft heult.

Mitgliederzuwachs, gelegentliche Siege bei Landtagswahlen, jüngst wurde die SPD Baden-Württembergs vom Wahlsieg eines parteifreien Bürgermeisterkandidaten verzückt, der sich in Freiburg von den Genossen unterstützten ließ: Kann das die anhaltenden Tiefschläge der vergangenen Jahre aufwiegen? Die Wahlniederlagen von Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Martin Schulz? Die Verluste in Baden-Württemberg, Saarland, Schleswig-Holstein und ganz besonders schlimm, in Nordrhein-Westfalen? Der Befund ist überwältigend: Die SPD kann kaum noch Wahlen gewinnen – das seit langen, schlimmen Jahren und das aus ganz bestimmten Gründen. Wofür steht die SPD, für wen steht sie ein? Was leistet sie eigentlich heute noch und warum honorieren das nur noch knapp 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler? Erinnern wir uns der Anfänge.

Unser verlockendes Versprechen

Bar jeder sozialen Abfederung vernichteten neue Technologien, Dampfmaschine und mechanischer Webstuhl, die Lebensgrundlage ganzer Bevölkerungsschichten. Arbeitsteilige Industriearbeit zwang Arbeiter, Landbevölkerung und Handwerker in brutale Abhängigkeitsverhältnisse. Ein ungehemmter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel stürzte Massen in Not und Ungerechtigkeit. Zwischen 1830 und 1870 war das der Nährboden der Arbeiterbewegung. Solidarität, Gewerkschaften und Vereine überstanden Zensur, Verbotsgesetze und Verfolgung. Für Handwerker und Industriearbeiter, für Lehrlinge und Ungelernte, für Männer und Frauen, die sich als Tagelöhner verdingten oder als Heimarbeiterinnen hinzuverdienten - für die Arbeiterklasse verhiess die Sozialdemokratie eine Hoffnung: „Das bessere Morgen.“

Und dieses „Morgen“ wurde besser durch hart erkämpften sozialen Ausgleich, durch Mitbestimmung, Bildung, Lohngerechtigkeit, Arbeitsschutzgesetze - die Liste ist lang, und es hat etliche Jahre gebraucht, bis die zentralen Ziele erreicht waren, unterbrochen von Weltwirtschaftskrise, NS-Staat und der Stunde Null. Um den Massen die Teilhabe am Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und um damit auch die Teilhabe am Konsum ideologisch zu untermauern, formulierte die CDU für die junge Bundesrepublik das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Starke Tarifpartner handeln auf der Basis einer kollektiven Arbeitsgesetzgebung Tarifverträge frei aus. Diese sorgten für Umverteilung und ließen arbeitende Menschen am Wirtschaftswachstum teilhaben. Das minderte die sozialen Konflikte. Die SPD, seit Godesberg keine sozialistische Arbeiterpartei mehr, übernahm das Leitbild, verspricht es doch noch heute Umverteilungsprozesse. Es garantiert durch ein differenziertes System aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, staatlicher Regulierung von Sozialbeiträgen und Steuererhebung die Beteiligung am Wirtschaftswachstum.

Endlich, in den 1970er Jahren schienen Klassen überwunden. Die von Sozialdemokraten gegen große Widerstände erkämpften Chancen zum gesellschaftlichen Aufstieg waren so reich gesät wie Muscheln am Strand. Bildung und Wirtschaftswachstum machten die Gesellschaft durchlässig. Den Menschen ging es immer besser, auch durch glücklich machende Wirtschaftsdaten. Erstmals konnten Bergarbeiter-Kinder aufs Gymnasium gehen und der studentische Nachwuchs rekrutierte sich nicht mehr nur aus Pfarrerssöhnen und Lehrtöchtern. Attraktive Positionen waren nicht mehr ausschließlich dem feinen Zirkel der üblichen Verdächtigen vorbehalten - Mission accomplished. Anders ausgedrückt: Die Sozialdemokratie hatte sich dank ihrer großen Erfolge irgendwie überflüssig gemacht - scheinbar.

Denn erst mit Ölkrise, dann mit der Globalisierung verdorrten immer mehr Industriezweige in Deutschland. Unablässig verringerte die wachsende Produktivität den Umfang der Industriearbeit, vor allem in den besser entwickelten Ländern des Westens. Außerdem ignorierte die Sozialdemokratie viel zu lange die ökologische Krise, sicher auch, weil im Schatten der rauchenden Schloten der SPD-Wahlerfolg zuverlässig in der staubigen Luft lag, während Erhard Epplers und Hermann Scheers Rufe lange ungehört verhallten. Doch die Schloten hörten auf zu rauchen, trotz 35-Stunden Woche. Stattdessen bot die Dienstleistungsgesellschaft weniger qualifizierten Menschen einen Ausweg in niedrige Löhne. Immer weniger waren die Facharbeiter gefragt. Stattdessen konnten sich gute Verdienste nur die Hochqualifizierten sichern, etwa der deutsche Diplomingenieur oder der Informatiker. In so einer Situation „das bessere Morgen“ zu propagieren gleicht einer Fahrt mit dem Traktor auf der Autobahn - voll verfehlt.

Ein schlimmer Cocktail: Neoliberalismus on ice

Kein Wunder, dass die Schröder-SPD ihre Ideologie in eine andere Richtung lenkte. Nicht mehr der Arbeiter stand im Mittelpunkt, an der „neuen Mitte“ arbeitete sich die Sozialdemokratie ab. Die Schröder-SPD sicherte die wirtschaftlichen Grundlagen einer gesellschaftlichen Gruppe, die sich längst nicht mehr durch die Zugehörigkeit zu einer Klasse definierte, sondern durch den Wunsch nach gesellschaftlichem, also finanziellem Aufstieg. Dass die wirtschaftliche Lage nach der geplatzten Dotcom-Blase diesem Ansinnen Widerstand bot, schaffte ordentlichen Aufgabendruck für die Politik. Investitionen blieben aus, Aufträge wurden gesucht wie Regen in der Wüste. Die Erwägung möglicher Investoren: Lohnkosten verteuerten in Deutschland die Arbeit, also runter mit den Zusatzkosten

oder das Geld fließt ins Ausland. Die Folge: Sozialdemokraten versuchten, Rentenrisiken mit den Mitteln des Finanzmarkts abzusichern - Riester- und Rürup-Rente.

Derweil perfektionierte die SPD die neoliberale Angebotspolitik: Kosten, besonders bei Löhnen, runter, mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit rauf. Damit ordnete die Sozialdemokratie gesellschaftliche Bedürfnisse den Wünschen der Wirtschaft unter. Mit dieser Politik hat die SPD auch das Exportmodell Deutschland in ihre Wirtschaftspolitik übernommen. Nach innen sparen (Löhne deckeln, Investitionen runterfahren). Für den Außenhandel die Wirtschaft bei Steuern entlasten, um „Made in Germany“ billiger verkaufen zu können. Übrigens führt Merkel diese Wirtschaftspolitik mit großer Begeisterung fort und fand dafür den entlarvenden Begriff der „marktkonformen Demokratie“. Diese Politik hat funktioniert - auch was ihre schlimmen Folgen auf das gesellschaftliche Miteinander betrifft.

Denn schließlich stülpte die Schröder-SPD mit ihrer Agenda-Politik Eigenverantwortung für Arbeitslosigkeit auch den Arbeitnehmern über, die sich plötzlich in einer Zwangsjacke aus Hartz-Restriktionen und neuen Arbeitsmarktinstrumenten wiederfanden. Viele Arbeitnehmer mussten sich eine Existenz im Niedriglohnsektor aufbauen. Diese prekären Arbeitsverhältnisse lassen heute den aktuellen wirtschaftlichen Aufschwung an diesen Menschen unbemerkt vorüberziehen. Deutschland galt als „kranker Mann Europas“: Hohe Arbeitslosigkeit, hohe Lohnstückkosten und hohe D-Mark-Preise an den Devisenbörsen verleiteten die Schröder-SPD zu dieser Agenda-Politik, für die viele Menschen ohne Arbeit mit ihrem Ersparten bezahlen mussten. Hartz-IV sei „Armut per Gesetz“, ein seltener Moment der Wahrheit in der Bild-Zeitung. Die Schröder-Jahre lassen sich unter der Parole „Mehr Kapitalismus wagen“ zusammenfassen, und nicht jeder, der wagt, gewinnt auch.

Neue Aufgaben am Tiefpunkt

Seit 2005 Gerhard Schröder abgewählt wurde, hat die Sozialdemokratie auf Bundesebene jede Wahl verloren. Das kümmerliche Ergebnis vom September 2017 brennt dem letzten optimistischen Genossen in die Netzhaut, dass die SPD nur noch ihrem eigenen Anspruch nach Volkspartei ist. Ramponiert, gerupft, gedemütigt stemmte die Parteispitze Funktionsapparat und schließlich das Parteivolk in eine erneute große Koalition. Hoch und heilig ist seither versprochen, die Partei endlich einem Erneuerungsprozess zu unterziehen. Und es ist auch gut so, dass die SPD sich von so mancher Lebenslüge aus der Zeit um die Jahrtausendwende verabschiedet. Die SPD muss wieder das „bessere Morgen“ beenden - allerdings unter anderen Vorzeichen als zu Zeiten unserer Urgroßmütter und -väter.

Wie lautet der sozialdemokratische Rütli-Schwur 2.0? Ein Thema wird täglich im Wetterbericht abgehandelt. Der Klimawandel untergräbt nicht nur die gesellschaftliche Stabilität, er ist viel schlimmer: Er bedeutet Flucht, Krieg, Tod. Seien wir ehrlich: Der Ausstieg vom Tagebau lässt sich nicht mehr arbeitsplatzneutral organisieren. Statt an Traditionen festzuhalten muss die SPD Alternativen entwickeln, auch wenn es schmerzt.

Ein anderes Thema wird seit neustem jedes Jahr auf der CeBit abgehandelt: Die Digitalisierung lässt Produktivität in Bereiche wuchern, die zuvor nicht im Ansatz dem Computer zugänglich waren. Rechtsfindung, anspruchsvolle Übersetzungen, Innovation aus dem Ingenieurbüro - menschliche Expertise verliert gegen den Mausclick. Konzernmacht hatte früher die Adresse Mannesmann-Ufer oder Krupp-Allee. Heute beginnen die Adressen der Macht mit dem Dreiklang www. Digitale Monopole müssen gebrochen werden. Das ist die Machtfrage. Digitalisierung wird zu einem Erfolg - die Frage lautet nur für wen. Digitalbedrohte Arbeitnehmer brauchen neue Perspektiven. Das ist die soziale Frage. Die SPD muss die Antworten für die abhängig Beschäftigten formulieren, damit Digitalisierung für alle zum Erfolg wird.

Das Fundament sozialdemokratischer Politik aber bleibt die Gestaltung der kollektiven Sicherungssysteme als entschiedene Antwort auf die übrigen Herausforderungen.

Heute geht es nicht mehr nur um Kapital und Proletariat. Heute stehen die Gewinner der Globalisierung auf der einen, und auf der anderen Seite die Verlierer im ungehemmten Austausch von Waren und Dienstleistungen mit aller Welt. In der oberen Mittelklasse, der ehemaligen Schröderschen „neuen Mitte“, sind positive Weltsicht zu Hause, haben sich Werte wie Individualität, Toleranz und Umweltbewusstsein etabliert. Rechts oder links sind für die Mitglieder dieser Schicht keine Kategorien, eher die Sorge, den eigenen Lebensstandard nicht halten zu können.

In der unteren Mittelschicht hingegen klopft die Sorge um den Arbeitsplatz an die Tür, die Angst um die Zukunft treibt diese Menschen oftmals zu Recht um, und die Unsicherheit gegenüber Fremdem und Fremden bestimmt dann gerne die Wahlentscheidung. Und wenn in einer Talkshow das Thema „Digitalisierung“ beackert wird, haben viele Menschen aus der Stammebelegschaft der alten Industrie-Arbeiterschaft das Gefühl, sie schlittern in ihrem Leben auf immer dünnerem Eis einem Zusammenbruch entgegen. Übrigens schwant immer mehr Menschen, dass das Wort „Digitalisierung“ für das eigene Streben nach Glück so verheerend werden kann, wie Neonicotinoide für das Überleben von Bienen.

Auf der Suche nach der verlorenen Wählerschaft

„Denn die einen sind im Dunkeln / Und die andern sind im Licht / Und man siehet die im Lichte / Die im Dunkeln sieht man nicht.“ Als ob die SPD Brechts Dreigroschenoper in ihre DNA implantiert hätte, machte sie diejenigen, für die sie historisch immer da war, plötzlich zu Stiefkindern - Menschen, zu deren Erwerbsbiografie das soziale Sicherungssystem einfach dazugehört. Es geht also nicht nur um die Gruppen, die unter sozialdemokratischer Sonne

gewachsen sind, jene Menschen, die im Lichte der oberen Mittelschicht wandeln, als organisierte Industriearbeitnehmer von den Segnungen eines Tarifvertrags profitieren, durch selbstbewusste Betriebsräte geschützt vor Arbeitgebers Willkür.

Es geht für die SPD um jene Menschen, die sich um ihre soziale Stellung sorgen, und um Menschen, die diese bereits verloren haben. Bei beiden Gruppen hat auch die SPD in den vergangenen 15 Jahren erfolgreich an der Erosion des gesellschaftlichen Bodens gearbeitet, auf dem diese Menschen stehen wollten. Bei beiden Gruppen hat auch die SPD für Angst und Argwohn gesorgt und mit ihren Reformen den Boden bereitet für die Saat des Rechtspopulismus. Übrigens: Viele Genossen beschleicht ein Gefühl der Überraschung, weil doch ausgerechnet jene, „für die man immer da war“, in der Wahlkabine munter AfD ankreuzen. Es ist genau umgekehrt, die Enttäuschung ist ganz auf der Seite der Wähler, zu denen auch in der SPD viele eine Distanz aufgebaut haben. Rücken wir diesen Menschen wieder auf die Pelle und zeigen ihnen, was das „bessere Morgen“ bedeutet: soziale Sicherheit.

In der SPD finden sich viele (evangelische) Christen, die, getragen von ihrem Glauben, niemals tiefer fallen können als in Gottes Hand. Neben einer großen Schnittmenge an gemeinschaftsorientierten Individualwerten zwischen der kirchlichen Soziallehre und dem SPD-Grundsatzprogramm gehört das Sicherheitsversprechen zu den attraktivsten Aussagen der Sozialdemokratie, wengleich die Hand einem starken staatlichen und nicht dem himmlischen Vater gehört. Die „kleinen“ Leute brauchen Sicherheit. In den großen Jahren der Angebotspolitik ist dieses Sicherheitsversprechen immer mehr in den Hintergrund getreten. Doch diese Party ist vorbei, und an dem Kater leidet die Sozialdemokratie noch heute – zu viel Neoliberalismus ...

Erste, unzusammenhängende Sätze zu einer neuen sozialen Sicherheit hat die SPD im 2017er Wahlkampf ja bereits vernuschelt - immerhin ein kleiner Fortschritt nach jahrelangem Schweigen. Kanzlerkandidat Martin Schulz wollte das Thema von der inneren zur sozialen Sicherheit weiten und hat das persönliche Chancenkonto und das Arbeitslosengeld Q in die Diskussion gebracht. Das waren richtige Ideen, die sogar den Widerspruch der Kanzlerin hervorgerufen hatten, sich aber nicht im Koalitionsvertrag wiederfinden. Weiterhin verteidigen SPD-Granden beinahart die überzogenen Zumutungen von Hartz IV, wo doch jeder weiß: Hartz IV ist zu wenig, macht aber viel Angst. Wie kann eine Partei ein Armutregime für Menschen in Notlagen verteidigen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft beschwören?

Vertreiben wir die bösen Geister

Manchmal verwundert es, wie etliche, meist führende Sozialdemokraten, über die Abschaffung von Hartz IV diskutieren. Mal sind es die Bezieher, denen der Mumm fehlt, einen Job durchzustehen, weil sie zum Beispiel nach der Zuweisung vom Jobcenter den undankbaren Job geschmissen haben. Dann kommt die Diskussion über die Höhe von Sozialleistungen im Vergleich zu den Einkünften von Niedriglohn-Empfängern auf den Tisch. Oder es geht darum, dass Familien staatliche Unterstützung für ihre Kinder als Geschäftsmodell ihrer persönlichen Existenz entdeckt haben. Indem die Hartz-Verteidiger seltene Negativbeispiele in den Mittelpunkt stellen, versprühen sie den subtilen Hauch von Zweifel: Haben solche Leute unsere Hilfe verdient? Ist es nicht doch gerecht, dass solche Menschen mit so wenig oder dank Sanktionen mit noch weniger auskommen müssen?

Eine Handvoll Faulenzer und Schlaumeier, die sich auf Kosten von Vater Staat durchs Leben schummeln, kann doch kein Maßstab in der Hartz-Diskussion sein: Wir subventionieren ja auch Unternehmen, obwohl es immer wieder Subventionsbetrug gibt - die Förderung schafft Arbeitsplätze. Wir häpdingen Führerscheine aus, obwohl zu viel gerast wird – Mobilität gehört zum Lifestyle. Warum bezahlen wir nicht mehr Grundsicherung, wo dies doch die Angst in der Gesellschaft bändigt, die Sorge um tiefe Not im Alter mindert und damit den Zusammenhalt stärkt? Was müssten wir alles für Erlaubnisse und Privilegien versagen, bloß weil es Menschen gibt, die Privilegien missbrauchen? Und warum sind so viele Menschen gerade bei den Fragen der Grundsicherung so streng?

Ein gutes Argument, die Erneuerung mit einer Revision der Hartzgesetze voranzutreiben, ist schließlich ein strategisches: Für die SPD kann es nicht nur um die Menschen gehen, die Hartz IV bekommen. Es geht für die SPD besonders auch um jene Menschen, die nahe dran sind. Wer eine Erkältung weit weg vom Jobverlust ist, weil er bei der Post arbeitet, wem das überbordende Aufgabenpensum jede Kraft aus dem Leib saugt, weil der Chef des Reinigungsunternehmens auf Biegen und Brechen den Mindestlohn unterschreiten will, wer als Leiharbeiter zu den fest angestellten Kollegen hochsehen muss, gehört zu einer Gruppe von Menschen, deren Situationen eines meist im Überfluss bietet: Ausweglosigkeit. Der Widerspruch ist dabei mit Händen zu greifen: Erstens weist die SPD gerade den Menschen mit kleinem Geldbeutel noch heute die zweitklassige prekäre Position im gesellschaftlichen Gefüge zu und zweitens zementiert sie mit der Alternative Armut und Abstieg die hässliche Situation. Das verfestigt die Angst. Kein Wunder, dass sich diese Schichten von der SPD abwenden und lieber Protest, mit Vorliebe den rechten, wählen.

Dann führt doch das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ein! Diese Lösung wird gerne als Alternative zu Hartz genannt. Eines böte diese Alternative: Sicherheit. Vor allem scheinen die drei Buchstaben BGE das Abrakadabra gegen die Gefahren der Digitalisierung zu sein. Was müssen wir uns noch Gedanken darüber machen, wie viele Arbeitsplätze die gerade beginnende industrielle Revolution vernichtet? Wir haben doch die Grundsicherung für alle! Allerdings sind wir in Deutschland von einem derart radikalen Systemwechsel so weit entfernt wie die Voyager-Sonde von der Erde. Auch wenn die Signale des Weltraumfliegers deutlich schwächer sind als die öffentliche Diskussion um das BGE, der Vorschlag ist die Diskussion wert – vor allem in einer Partei, für die Erwerbsarbeit die zentrale gesellschaftliche Triebfeder ist. Kann sie diesen Anspruch an die Erwerbsarbeit mit dem Grundeinkommen vereinbaren?

Mehr Geld heißt mehr Sicherheit

Einstweilen sollten wir aber Zwischenlösungen anstreben, denn jene Menschen, deren labile Lebensbasis ein Abrutschen in den gesellschaftlichen Keller befürchten lässt, haben eine schnelle Stabilisierung verdient – und zwar eine, die von der Sozialdemokratie kommt. Das ist sie ihnen schuldig. Die SPD hat Hartz IV eingeführt, die SPD muss Hartz IV wieder abschaffen. Wir fordern: Die SPD muss ein neues Konzept der Arbeitslosensicherung schaffen. Sie muss dies mit einem komplett neuen Programm tun, sie muss es einvernehmlich tun, und sie muss es auf einen Schlag tun. Die entscheidenden Begriffe lauten:

- Das Arbeitslosengeld I wird länger gezahlt.
- Die Grundsicherung muss ehrlich berechnet werden.
- Die Zumutbarkeit aller Jobs ist eine Zumutung.
- Echte Förderung statt falschem Druck - Schluss mit dem Sanktionssystem.
- Ein sozialer, geförderter Arbeitsmarkt hilft beim Wiedereinstieg
- Der Zuverdienst ist eine breite Straße zum ersten Arbeitsmarkt.
- Wir unterstützen arbeitssuchende Jugendliche statt sie zu bestrafen

Um es klar zu sagen: Es kostet Geld. Nicht nur die Erhöhung der Leistungen wird Geld kosten, durch die Anhebung der Leistungen gehen dem Bund Steuern durch die Lappen, weil das Hartz IV-Niveau die Basis für den Grundfreibetrag ist - anders formuliert: Höhere Hartz IV-Sätze entlasten Bezieher kleiner Einkommen von Steuerbelastung – würde einen Anlass für Umverteilung bieten. Denn wer unten verzichtet, wird oben zugreifen müssen. Zur Unterscheidung: Die Union schwärmt von den arbeitgeberfreundlichen Auswirkungen der sozialdemokratischen Agenda-Politik, sie ist verliebt in die Entlastung von reichen Bürgern durch niedrige Steuern und den hohen Sanktionen, die Sozialleistungsempfängern ihren Platz im Prekariat zuweisen. Mit der Union können wir diese gute Politik nicht umsetzen.

Wenn auch die Türen mit der Adresse „Einkommenssteuer“ in dieser Koalition verschlossen bleiben, mit der Reform einer anderen Steuer ließe sich schon heute die Grundlage für eine bessere Grundsicherung schaffen. Der Brexit bietet die Chance auf die erste europaweite Finanztransaktionssteuer. Diese soll den Abschied des Vereinigten Königreichs aus der EU steuerlich so abdämpfen, dass damit anderen Zahlern, allen voran Deutschland, Entlastung verschafft wird. Eigentlich ist es egal, ob nun der Brexit Anlass für eine Steuer auf Finanzdienstleistungen bietet oder vielleicht doch die Wende in der Sozialpolitik: Eine Finanztransaktionssteuer wird helfen, die Kosten einer neu ausgerichteten Sozialpolitik in Deutschland zu bezahlen.

Endlich wieder ein „besseres Morgen“

Fassen wir zusammen: Das „bessere Morgen“, ein Versprechen, das ganze Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beflügelt hat, muss neu gedacht, erfunden und formuliert werden. Die SPD hat sich in neoliberalen Widersprüchen verheddert, die noch heute das Selbstverständnis bestimmen. Eine Hinwendung zu den Schichten, die durch einen bloßen Windstoß in der Erwerbsbiografie in Armut fallen können, ist aus zwei Gründen nötig: Eine sozialdemokratische Partei muss sich schon zwecks Glaubwürdigkeit um Armutsvermeidung kümmern. Und: Die Fallhöhe in Hartz IV verbreitet Angst. Fallhöhe und Angst, beide müssen verschwinden. Die Leistungen für (Langzeit-)Arbeitslose können daher nicht auf dem bisherigen Niveau bleiben, sie müssen steigen. Die daraus entstehenden Kosten bedingen ein gerechteres Steuersystem und den Einstieg in neue Steuerformen. Der Nutzen liegt auf der Hand: Das „bessere Morgen“ ist heute mehr denn je soziale Sicherheit, die in den vergangenen 70 Jahren Deutschland zu einem in den Fundamenten sozialdemokratischen Staat gemacht hat - und damit zur Festung gegen Rechts in Europa. Lasst uns noch heute die Bollwerke wieder ertüchtigen. Es geht um das „bessere Morgen“.

Diesen Text haben verfasst:

Andreas Büchner, SPD Stuttgart-Feuerbach
Martin Himmelsbach, SPD Stuttgart-Nord
Prof. Dr. Henning Höpfe, SPD Augsburg, Untere Stadt
Dr. Michael Jantzer, SPD Stuttgart-Obertürkheim
Peter Schwab, SPD Stuttgart-Ost